

*(Dieser Dopplessay „Das Klima-Ultimatum“ wurde im August 2019 verfasst und erschien bei „Tichys Einblick online“)*

Mit der Ausrufung einer finalen „Krise des Klimas“ wird eine Stimmung ausgelöst, die bereit ist, im Eiltempo Kernbestände unserer Zivilisation zu opfern. Eine solche Beschleunigung der Dinge hat in Europa schon einmal fatale Konsequenzen gehabt.

## Das Klima-Ultimatum

14. August 2019, Gerd Held

Die Regierenden in Deutschland kündigen für den September 2019 „große Entscheidungen“ an. Es geht um die Klimapolitik und nun soll Ernst gemacht werden mit dem Eingriff in das Weltklima. Dabei ist die Grundentscheidung schon längst gefallen: die Intervention soll eine Hochpreis-Politik sein - für CO<sub>2</sub>-Emissionen quer durch alle Aktivitäten. „Alle Experten sind sich darin einig“, verkündet die Kanzlerin und hat es eilig, hier die Diskussion schon für geschlossen zu erklären. Nur noch das „wie“ der Verteuerung soll die Frage sein. Damit sind kritische Fragestellungen zum großen Klima-Feldzug ausgeschlossen: Ist der Klimawandel wirklich so eng mit dem CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre verbunden, wie die CO<sub>2</sub>-Strategen unterstellen? Ist eine drastische CO<sub>2</sub>-Reduktion mit einer auskömmlichen Existenz von 7,5 Milliarden Menschen (10 Milliarden am Ende dieses Jahrhunderts) vereinbar? Ist der Klimawandel wirklich ein Geschehen, das tiefe Einschnitte in die erreichte technische Zivilisation und einen Opfergang von modernen Lebensformen zwingend erforderlich macht?

### Ein ultimatives Szenario

Es ist ein ultimatives Szenario, das zur Rechtfertigung benutzt wird. Die Entwicklung des Weltklimas, so raunt ein vielstimmiger Chor, stelle uns ein Ultimatum – jetzt muss es sein, sonst ist es zu spät. Der Klimawandel wird damit zur „Klimakrise“ dramatisiert, zu der Vorstellung, dass hier ein sich gesetzmäßig zuspitzender Prozess stattfindet, der das Klima in seiner Gesamtheit „zum Kippen“ und „zum Kollaps“ führt. Das ist das Klima-Ultimatum, aber es wird eigentlich nie bei diesem Namen genannt, denn das würde eine Debatte auslösen, ob es nicht töricht ist, uns geistig so an die Wand drücken zu lassen.

Die Vorstellung, einem Ultimatum gegenüberzustehen, ist keine rationale Einschätzung. Sie ist nicht das Ergebnis einer offenen Erörterung von Vernunftgründen. In diesem Jahr 2019 sind nicht auf einmal neue Beobachtungen und Argumente aufgetaucht, die ein solches zugespitztes Lagebild ergeben. Verändert wurden die Worte und Inszenierungen, in denen bereits bekannte Phänomene nun präsentiert werden. So haben einzelne Medien (zum Beispiel „t-online.de“ in Deutschland und der britische „Guardian“) per Redaktionsbeschluss festgelegt, dass sie das Wort „Klimawandel“ nicht mehr gebrauchen, sondern von „Klimakrise“ spre-

chen. Mit „Greta“ hat man neue suggestive Formen der Betroffenheit gefunden, ohne dass die Fridays-for-future-Akteure real von irgendeinem neuen Klimaphänomen besonders betroffen gewesen wären.

Ja, es gibt einzelne Temperaturrekorde, aber danach kehrt das Wetter auch wieder in gemäßigte Bandbreiten zurück, wie die kürzlich von „wetteronline.de“ veröffentlichten Jahres-Durchschnitts-Temperaturen seit 1989 belegen. Und selbst, wenn diese Durchschnitte etwas über dem Langzeit-Durchschnitt liegen, so weisen sie doch nicht jene Steigungslinie auf, die man braucht, um von einem sich gesetzmäßig zuspitzenden Krisenprozess zu sprechen. Und es gibt eben auch nicht eine Parallele zum gemessenen Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts in der Atmosphäre – was den Zusammenhang zwischen CO<sub>2</sub>-Emissionen und Erderwärmung fragwürdig macht. Dieser Spalt zwischen der faktischen Realität und der vorgestellten Realität erinnert an die (marxistische) Erzählung von der „historisch-gesetzmäßigen Verelendung des Proletariats“, die man immer mit heftigen Einzelbeispielen belegen konnte, und die damit eben gerade nicht als historische Gesetzmäßigkeit bewiesen war.

## Die Erhitzung des kommunikativen Klimas

Es ist also nicht das reale Klima, das sich ultimativ erhitzt, sondern das kommunikative Klima. Dabei ist nicht allein der politische Mehrheitsblock am Werk, sondern auch Entwicklungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Es ist ja nicht das erste Mal in der neueren Geschichte, dass ein ganzer Sektor der Gesellschaft sich von der Wirklichkeit entkoppelt und sich in einem ultimativen Bedrohungsszenario wähnt. So hat sich der breite Endzeit-Chor gebildet, der sich in diesem Jahr 2019 mit schlafwandlerischer Sicherheit in wenigen Monaten zusammengefunden hat, und der nun jeden Tag aufs Neue ein Phänomen entdeckt, das unzweifelhaft ein „Vorzeichen“ der Klima-Katastrophe sein muss. Das ist der Hintergrund, vor dem die Regierenden ihre „großen Entscheidungen“ ankündigen und sich anschicken, nun ihrerseits die Dinge weiter zu steigern. Denn erst dadurch, dass sie nun zum Regierungshandeln wird, bekommt die ultimative Stimmung eine verheerende Wendung.

## Wenn die materielle Zivilisation zum Feind wird

Nun sei Schluss mit „Pillepalle“, hat die Kanzlerin erklärt. Das ist eine Art Kriegserklärung: Da die CO<sub>2</sub>-Emissionen unserer technischen Zivilisation als Schuldige der „Klimakrise“ schon von „allen Experten“ ausgemacht sind, wird jetzt alles, was in unserer Zivilisation mit Verbrennung von fossilen Stoffen zu tun hat, zum Feind. Und indem zugleich besonders betont wird, diese Krise sei „menschengemacht“, wird in letzter Instanz der Mensch dem Menschen zum Feind erklärt.

Denn das „gemacht“ erweckt ja den Eindruck, die Verbrennung von fossilen Stoffen zum Kochen, Heizen, Fortbewegen und Produzieren sei eine Handlung, die die Menschen aus eigener Willkür und mutwillig vollbringen – und die man daher auch ebenso willkürlich wieder abstellen kann. Damit verbunden ist die Erwartung, dass man zu einem Zustand zurückkehren kann, der nichts mehr verbrennt, sondern nur noch die Naturkräfte weich umleitet. Jene böse Gewalttat der Verbrennung aber muss von der Erde verschwinden und für diesen natürlich-guten Zweck sei auch die Anwendung von Gewalt legitim. Hier bekommt das Klima-Ultimatum eine Drehung ins Aggressive, in einen Krieg gegen die Zivilisation, in einen zerstörerischen Opfergang – wie wir ihn so noch nicht kennen.

In der Geschichte der Moderne ist es – angesichts der hohen Entwicklung der materiellen Zivilisation – immer wieder zu Bewegungen gekommen, die diese Entwicklung dämonisierten. Das Ressentiment gegen das immense Wachstum der Sachwelt (mit ihren Härten und Risiken), das sowohl in Nachlässigkeit also auch in Zerstörungswut umschlagen kann, gehört gewissermaßen zur Grundausstattung der Moderne. Die Gefahr einer Regression ist ihr ständiger Begleiter. Aber das Ausmaß, indem diese Neigung nun im Namen des „Weltklimas“ von Staat und Wirtschaft Besitz ergriffen hat, ist neu.

## Der CO2-Feldzug

In dem scheinbar so friedlichen Klima-Anliegen liegt ein hohes Aggressionspotential. Das Anliegen ist ja eine Vernichtung – bis 2050 soll Europa „CO2-neutral“ sein. Schon vorher will man die Produktion von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren per Gesetz vollständig untersagen und stilllegen. So wird mit dem Klima-Ultimatum eine wirkliche Opferung eines Teils dieser Zivilisation ins Auge gefasst. Es wird ein wirklicher Feldzug gestartet, der alles in den kommenden dreißig Jahren in seinen Bann ziehen soll.

Ist eine solche Beschreibung in Kriegs-Begriffen übertrieben? In einem Leitartikel in der FAZ vom 17.7.2019, der den Titel „Nach Pillepalle“ trägt, stehen die folgenden einleitenden Sätze: *„In der Klimapolitik steht weit mehr auf dem Spiel, als Deutsche und Europäer selbst durch Revolutionen wie die der Wiedervereinigung des Kontinents oder der globalen Migrationsbewegungen gewohnt sind. Schließlich geht es um die Lebensgrundlagen der Menschheit.“*

Das sollte aufhorchen lassen. Denn hier wird das, was jetzt unter dem Titel „Klimapolitik“ geschehen soll, noch die Erschütterungen durch die Masseneinwanderung und über den Sturz der Diktaturen in Osteuropa gestellt. Und damit wird auch gesagt, dass in Sachen „Klimaretung“ unsere politische und wirtschaftliche Grundordnung nicht unbedingte Geltung beanspruchen kann. Diese Ordnung steht dort, wo es angeblich um sogenannte „Grundfragen der Menschheit“ geht, zur Disposition.

Wenn der Autor, Jasper von Altenbockum, den Einsatz der Klimapolitik über das stellt, was „1989“ und „2015“ auf dem Spiel stand, sagt er indirekt, dass nun Staat, Wirtschaft und Zivilisation der Bundesrepublik unter dem Vorbehalt eines unvergleichlich Höheren stehen. Hier öffnet sich tatsächlich eine Tür zu Opfergängen von historischen Ausmaßen.

## Das warnende Beispiel des Kriegstaumels von 1914

Wenn man ein historisches Maß für das sucht, was gegenwärtig unter Berufung auf die „Klimakrise“ geschieht, liegt es nahe, auf ein anderes Datum zurückzukommen: das Jahr 1914, als Deutschland und Europa den Weg in den ersten Weltkrieg einschlugen. Dies geschah ebenfalls aus der Stimmung heraus, **dass man einem Untergang um jeden Preis zuvorkommen müsste**. Eine Stimmung, von der wir heute wissen, dass sie nicht den Spielräumen der Realität entsprach. Die Vorstellung von einem „Endkampf um die Aufteilung der Welt“ war eine geistige und kommunikative Übersteigerung - die real existierenden Konflikte waren sehr viel begrenzter. Zur warnenden Parallele mit 1914 gehört auch, dass die schnellen Entscheidungen vor 1914 sehr langwierige Folgen hatten. Sie führten zu einer ganzen Verkettung von Kriegen und Bürgerkriegen, die im Grunde erst nach 1945 (nach dreißig Jahren) durchbrochen werden konnte. Und noch ein Element des 1914er-Komplexes gehört dazu: Das blinde „Hineinschlittern“ in den Krieg, bei dem es keinen längeren Moment des Innenhaltens und vernünftigen Maßnehmens gab. Das heißt, dass es keine politische Kraft gab, die ein solches Innehalten

durchsetzen konnte. Auf allen Seiten handelte man wie „Schlafwandler“ – um ein Wort des britische Historikers Christopher Clark aufzugreifen.

Alle diese Zutaten scheinen mir jetzt wieder im Spiel zu sein: Die Beschwörung einer ultimativen Bedrohung „unseres Planeten“; die Unterschätzung der Opfer und der Länge des Opfergangs, die der CO<sub>2</sub>-Feldzug bedeutet – man will uns weismachen, dass es mit ein bisschen Geld (für CO<sub>2</sub>-Steuer oder Emissions-Zertifikate) getan wäre. Aus der historischen Erfahrung, für die „1914“ steht, können wir lernen, wie verheerend die Logik des „Wir müssen dem Untergang zuvorkommen“ sein kann.

## Das Gebot der Stunde

Und auch das „Hineinschlittern“ von 1914 ist wieder da: Niemand kann sagen, wie wir innerhalb weniger Monate und Wochen zu einer solchen Erhitzung des Klima-Themas gekommen sind – in einem Jahr, das keineswegs in der Gesamtbilanz von Temperatur oder Niederschlägen besonders verheerend dasteht. Aber die Stimmung hat sich zu einer Welle hochgeschaukelt, die alles mitreißt. Es hat in diesem kritischen Jahr 2019 keinen Moment des Innehaltens gegeben, wo noch einmal eine grundlegende Erörterung der Argumente und Alternativen in Klimafragen zustande gekommen wäre.

Genau dies Innehalten im Namen der Vernunft wäre jetzt das Gebot der Stunde.



Nachdem ein vielstimmiger Chor im Land höchste Klima-Ängste geschürt hat, präsentieren die Regierenden jetzt eine Lösung, wie sie schäbiger nicht sein könnte: Alles, was irgendwie mit CO<sub>2</sub> zu tun hat, soll teurer werden.

(Das Klima-Ultimatum, Teil 2)

# CO<sub>2</sub> - Weltrettung durch Weltverteuerung?

20. August 2019, Gerd Held

**D**ie „Klimarettung“ ist dabei, die gesamte Politik, das Wirtschaftsleben und die alltägliche Lebensführung in Beschlag zu nehmen – so, wie man das sonst nur von großen Kriegen kennt. Diese Beschlagnahme besteht in drei Elemente: Erstens in einer maßlosen **Übersteigerung** des Klimawandels zur ultimativen „Klimakrise“ und zur akuten Bedrohung der „Lebensgrundlagen auf der Erde“. Zweitens in einer radikalen **Simplifizierung**, mit der die Krise auf CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Verbrennung fossiler Energieträger zurückgeführt wird und so eine „Schuld der Menschen“ konstruiert wird. Drittens in einem **staatlichen Interventionismus**, der eine weitestgehende Einstellung dieser Verbrennungsprozesse quer durch alle Bereiche unserer Zivilisation erzwingen soll. Die ersten beiden Elemente sind praktisch außer Dis-

kussion gestellt. Über sie sind sich angeblich „alle Experten einig“ - wer das nicht unterschreiben will, wird als „Klimaleugner“ unter Bannfluch gestellt. Zum dritten Element hat die Bundesregierung für den September „große Entscheidungen“ angekündigt.

Wird also nun – angesichts des angeblichen Klima-Notstands - schnell ein großer Hebel umgelegt, der das böse CO<sub>2</sub> abschaltet und zugleich etwas Anderes, mit dem die Menschen in Zukunft leben können, anschaltet? Keineswegs. Die Regierenden haben nichts weiter zu bieten als **Preiserhöhungen**. Preiserhöhungen für CO<sub>2</sub>-Emissionen, die entweder in Form einer CO<sub>2</sub>-Steuer oder in Form von CO<sub>2</sub>-Emissions-Zertifikaten erfolgen sollen. Beides sind sehr langsam wirkende Mittel, von dem sich obendrein die wohlhabenderen Schichten freikaufen können – damit dementieren die Regierenden also ihre eigene Klima-Notstands-Kampagne. Vor allem wird hier deutlich, dass sie gar keine positive, technisch und wirtschaftlich tragfähige Alternative zu bieten haben, sondern das Problem auf die Bürger abwälzen. Diese sollen sich – unter dem Druck immer neuer Preiserhöhungen - eine Lösung aus den Rippen schneiden. Die vielbeschworene „Energiewende“ hat bisher keinen tragfähigen, bezahlbaren Ausweg geliefert.

### Eine Hochpreis-Politik wird gestartet

Die Hebel „CO<sub>2</sub>-Steuer“ oder „CO<sub>2</sub>-Zertifikat“ erscheinen zunächst nicht allzu teuer. Man stellt ja sogar eine „CO<sub>2</sub>-Dividende“ in Aussicht, die an diejenigen, die gerade gezahlt haben, wieder zurückgezahlt wird. Die staatlichen Preis-Designer kommen sich sehr schlau vor. Sie wollen vergessen machen, dass die Preiserhöhungen ja wegen der sogenannten „Lenkungswirkungen“ vorgenommen werden. Das heißt zu gut deutsch: Sie müssen weh tun. Sie müssen so weh tun, dass Menschen – und zwar breite soziale Schichten – nicht mehr von Autos mit Verbrennungsmotoren Gebrauch machen. Wenn in der ersten Runde der CO<sub>2</sub>-Preisaufschläge keine spürbare Lenkungswirkung feststellbar ist, wird man – das ist die Logik – die Aufschläge erhöhen. Wirkt das immer noch nicht, wird eben noch eine Schippe draufgelegt. Denn über dem Ganzen steht ja das zum obersten Gesetz erhobene Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs, der Gebäude, der Produktionsprozesse drastisch zu senken.

Aber was ist mit den Zurückzahlungen (der „CO<sub>2</sub>-Dividende“)? Angenommen, es handelt sich um eine Geld-Rückzahlung: Wenn die Rückzahlung wirklich hoch ist, wird der Mensch von dem Geld weiter seinen Benziner oder Diesel fahren. Dann wird man ihm erklären, dass man „leider“ die CO<sub>2</sub>-Preisaufschläge weiter erhöhen müsse, ohne höhere Rückzahlungen. Wenn die Rückzahlung in Bahn- und Bus-Gutscheinen besteht, wird der Mensch feststellen, in welche Ausnahmestände seine tägliche Lebensführung gerät, wenn er nicht gerade in einem Großstadt-Kern wohnt und arbeitet. Denn der „Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs“ kann in den deutschen Flächenländern das Automobil bei weitem nicht ersetzen. Die Politik kann hier das Blaue vom Himmel herunter versprechen – in der Realität wird man Deutschland in einen heillosen Haltestellen-Warte-Zustand versetzen. Und man wird den Drang in die Großstädte noch mehr verstärken und dort die Mieten erst recht unbezahlbar machen.

Man muss sich dabei klarmachen, dass hinter diesem Preissystem ein ganz fundamentaler Druck aufgebaut ist. Die Regierenden haben die Rettung des Weltklimas zum obersten Ziel unserer Gegenwart und zur ersten Bürgerpflicht erklärt. Mit was für einer Kampagne wurde in den letzten Wochen und Monaten das ganze Land überzogen - sie hat alle Gegenstimmen völlig übertönt. Das bedeutet, dass in Zukunft bei jedem größeres Wetterereignis – ein heißer Sommer, eine große Überschwemmung – wieder mit derselben Wucht eine neue CO<sub>2</sub>-Preis-

erhöhungs-Kampagne losgehen wird. Mit den jetzt noch so bescheiden daherkommenden Preisaufschlägen wird also eine wahre Höllenmaschine installiert.

## Eine soziale und wirtschaftliche Spaltung des Landes

Es wird behauptet, dass die hohen Preise für CO<sub>2</sub>-Emissionen eine heilsame Umstellung von Lebensführung und Arbeitsprozessen bewirken würde. Das ist falsch. Denn die hohen Preise wirken dort, wo Umstellungen aufwendig sind oder Ersatzlösungen nicht zur Verfügung stehen, nicht heilsam, sondern spaltend. Wenn die Treibstoffkosten für das Autofahren erhöht werden, führt das im gesamten Bereich außerhalb der Großstadtkerne zu einer sozialen Spaltung. Die Wohlhabenderen können sich mit ihrem Geld freikaufen und ihre Automobile weiter benutzen, während die anderen mit ihrer Existenz bezahlen müssen. Die Kosten werden für sie unbezahlbar hoch – sie müssen Eckpunkte ihrer bisherigen Lebensführung zwischen Wohnung, Arbeit, Schule, Arzt, Einkauf, Erholung aufgeben.

Die Hochpreis-Politik für CO<sub>2</sub>-Emissionen hat aber auch eine Spaltung der Wirtschaft zur Folge. Denn in den Branchen und Produktionszweigen, in denen hohe Erträge erwirtschaftet werden, kann man hohe CO<sub>2</sub>-Kosten bezahlen, in den Niedrigertrags-Branchen kann man das nicht. Und „niedrige Erträge“ sind eben nicht bloß ein Zeichen, dass ein Betrieb schlecht arbeitet, sondern sie liegen oft in der Eigenart der Produkte und Arbeitsprozesse. Und es ist keineswegs so, dass die Niedrigertrags-Branchen „weniger gebraucht“ würden. So führt die Hochpreis-Politik, wenn sie einen so fundamentalen Bereich wie die Nutzung fossiler Brennstoffe betrifft, zu schweren volkswirtschaftlichen Verwerfungen.

Hier zeigt sich die Infamie einer doppelzüngigen Politik, die einerseits den Notstand ausruft und andererseits darauf mit Preiserhöhungen (mit „finanziellen Anreizen“, wie sich unsere Polit-Technokraten auszudrücken beliebt) antwortet. Eine moderne Gesellschaft kann durchaus große Einkommensunterschiede aushalten, solange sie nicht existenzbedrohend sind. Aber für den Fall eines Notstands gilt das republikanische Gesetz der Gleichheit – alle Bürger müssen gemäß ihren Mitteln zur Bewältigung der Not herangezogen werden. Wenn aber eine Notstand-Hochpreis-Politik betrieben wird, zerschneidet man das Land in Sein und Nicht-Sein.

## Die merkwürdige Ökonomie der „Kosteneffizienz“

*„Mit einer kosteneffizienten und sozial ausgewogenen Klimapolitik haben wir bei internationalen Verhandlungen die beste Ausgangsposition“*, erklärte Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus Anlass der Vorlage des Sondergutachtens des Rats zur Klimapolitik (zitiert in der FAZ vom 13.7.2019). Dies Sondergutachten ist ein schwerwichtiges Dokument, denn es markiert den Anschluss dieses wichtigen Wirtschafts-Rats an die Klima-Rettungspolitik. Aber was bedeutet eigentlich „kosteneffizient“? Welche ökonomische Logik ist damit verbunden? Es handelt sich ja um eine merkwürdige Wortverbindung. Normalerweise verbindet man ökonomische Effizienz mit Wertschöpfung. Also mit Prozessen, die etwas Positives bewirken, die effizient im produktiven Sinn sind – und nicht nur im Vermeiden von Kosten. Regiert nur diese Vermeidungslogik, riskiert man erhebliche Kollateralschäden: Um Kosten zu vermeiden, schaltet man produktive Ressourcen und Chancen ab. Mit der Ausrufung der Klimakrise hat man die gesamte, komplexe Entwicklung des Klimas radikal auf einen einzigen Faktor reduziert: das Kohlendioxid. Und man hat diesen Faktor nur negativ gefasst – als schädliche „CO<sub>2</sub>-Emissi-

on“. Wo hätte man je eine Ökonomie gesehen, die ein Land so arm rechnet? Deutschland wird nur noch in Kohlendioxid gemalt und das Kohlendioxid wird als feindliches Gas gemalt („Treibhausgas“). Auf dieser Geschäftsgrundlage gibt es dann natürlich eine ganz neue Ökonomie - eine Negativ-Ökonomie, deren alles beherrschende Paradigma die „Kosteneffizienz“ ist.

## Schönfärberei mitten in der Zwangsbewirtschaftung

Aber das wird so nicht offen ausgesprochen. In einem Kommentar in der FAZ (14.7.2019) schreibt Niklas Záboji folgende Sätze mit einer frohen Botschaft:

*„Dass die Bundesregierung eine CO2-Bepreisung plant und nicht die Verbotsliebe politischer Mitbewerber erwidert, ist erfreulich. So ist sichergestellt, dass Verbraucher wie Unternehmen aus Kostengründen – quasi von ganz allein – Anreiz zur Emissionsminderung haben – und zugleich technischer Fortschritt in alle Richtungen möglich ist, auch mit dem Verbrennungsmotor.“*

Das „quasi von ganz allein“ ist goldig. Ebenso goldig wie das Wort „Anreiz“. Denn es geht um knallharte Preissteigerungen, mit denen den Verbrauchern und Unternehmen die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Der Anreiz zur Emissionsminderung heißt: Du kannst deine Autofahrten nicht mehr bezahlen, dein Betrieb macht die Tore zu und in den („sanierten“) Wohnhäusern ist nur die Frage, ob sich der Eigentümer ruiniert oder die Mieter an ihre Schmerzgrenze kommen. Wie schön; Wir können die Schmerzen jetzt als „Emissionsminderung“ verbuchen. Vielleicht sollte man überall Ehrenplakate mit den Porträts der „Emissionsminderer des Monats“ aufhängen.

Noch goldiger ist die Behauptung, dass damit sogar der Verbrennungsmotor wieder im Rennen ist. Das ist sogar die glatte Unwahrheit, denn sowohl die CO2-Steuer als auch die CO2-Zertifikate werden unter der (gesetzlich festgelegten) Zielvorgabe installiert, die CO2-Emissionen bis 2050 um 80% zu reduzieren und Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2030 nicht mehr herzustellen. Der Autor verschweigt also die Steigerungslogik, die in die „Anreize“ von vornherein eingebaut ist.

## Die ernüchternde Bilanz der „Energiewende“

An dieser Stelle müssen wir von den abstrakten Generalformeln („Fortschritt in alle Richtungen möglich“) der heutigen Makroökonomie Abschied nehmen und tatsächlich über technische Entwicklungsstände und historische Zyklen reden. Die jetzige CO2-Hochpreispolitik fällt in eine geschichtliche Periode, in der es so etwas wie eine „**technologische Ernüchterung**“ gibt. Eine solche Periode, in der es keine leichten Fortschritte und Durchbrüche bei der Produktivität gibt, ist kein Beinbruch und eine moderne Marktwirtschaft kann damit gut leben. Aber in einer solchen Periode eine Hochpreispolitik bei etablierten Ressourcen zu starten, ist abenteuerlich und verheerend – denn es gibt keine Ausweichmöglichkeiten. Das hat sich insbesondere bei der „Energiewende“ gezeigt: Die „erneuerbaren Energien“ sind weit davon entfernt, einen Produktivitätsschub zu bringen und neue Spielräume bei der Wertschöpfung zu eröffnen.

## Eine kleine Geschichte der (fehlenden) Batterie

Seit über das Elektroauto nachgedacht wird, stößt dies Nachdenken auf eine widerspenstige Realität: das Batterieproblem. Es will nicht gelingen, den Strom zu vertretbaren Kosten über längere Zeiträume zu speichern und ihn in größeren Mengen in Fahrzeugen mitzuführen. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (vom 21.5.2011) enthält in dieser Hinsicht eine wahre Perle. Holger Appel berichtet unter der Überschrift „Jetzt aber!“ davon, dass die Bundesregierung und die Autoindustrie beschlossen haben, nun den Durchbruch für das Elektroauto zu schaffen. Und er erlaubt sich einen kleinen Rückblick und fördert aus dem Archiv der FAZ einen Artikel vom 8.9.1976 (!) zutage. Er ist ebenfalls auf den Technikseiten der FAZ erschienen und trägt den Titel: „Das Elektroauto wartet noch auf die ideale Batterie“. Wenn man den Artikel, der in Appels Artikel von 2011 vollständig abgebildet ist, liest, hat man ein Deja-Vu-Erlebnis: Forschungen, Laborversuche, erste Probefahrzeuge auf der Straße und die Ankündigung, dass man wohl 1990 das Batterieproblem im Griff habe... Appel schreibt das, wohlgemerkt, im Jahr 2011 und stellt fest, dass man auch in diesem Jahr noch nicht wesentlich weiter ist als 1976. Und heute, im Jahr 2019, gibt es immer noch keine Batterie, die dem Elektroauto zu vergleichbaren Kosten ähnliche Reichweiten erlauben würde wie dem Auto mit Verbrennungsmotor. Hier steht eine Technikmauer von einer solchen Festigkeit, dass man sie auch für 2050 nicht als „gelöst“ verbuchen kann.

## Die technologische Gleichgültigkeit der Klimaretter

Aber vielleicht haben diejenigen, die jetzt so forsch beim Kaputtmachen bestehender Techniken sind, doch irgendwo einen konstruktiven Trumpf in der Hinterhand? Eine technologische Wunderkraft, die belastungsfrei produktiv ist? In einem FAZ-Gespräch (publiziert am 24.6.2019) wird Herr Schellnhuber, ein führender Klima-Ulmatiker, gefragt: „Deutschland will bis 2050 klimaneutral sein. Geht das überhaupt?“ Schellnhubers antwortet, dass es geht, und sagt dann folgenden Satz, um das zu belegen: „30 Jahre sind in der Geschichte industrieller Veränderungen eine lange Zeit, besonders wenn man sieht, wie schnell die Digitalisierung das Leben verändert.“ Also die Digitalisierung, ein Vorgang auf einem rechtweit entfernten und „weichen“ Technikfeld. Es fällt auf, dass Schellnhuber hier nicht die Energiewende anführt.

Im Gespräch dabei ist auch Herr Pofalla von der Deutschen Bahn. Er führt seine Bahn als CO<sub>2</sub>-freies Paradeferd vor und sagt den Satz: „Wenn wir 2038 emissionsfrei fahren, müssen wir nicht mehr zahlen.“ Verschweigt er da nicht etwas? Nach meiner Kenntnis ist der Strombedarf der Bahn ein typischer Grundlast-Bedarf. Die Stromversorgung muss im ganzen Netz ständig auf einem hohen Niveau gehalten werden und kann nicht bei Windstille und fehlendem Sonnenschein heruntergefahren werden. Woher nimmt Herr Pofalla also die Strom-Sicherheit der Bahn?

Auch bei anderen Statements fällt auf, dass die Vorbilder für den großen Aufbruch fernab von den Feldern gewählt werden, wo die Verbrennung fossiler Stoffe ihre Arbeit getan haben. Da wird die Fahrt zum Mond beschworen oder gleich ein angeblicher Großtrend zur „Entstofflichung der Wirtschaft“ behauptet. Liebe Leser, machen Sie selbst einmal den Test: Schauen Sie genau in die Stellungnahmen, welche positiven technologischen Referenzen sie für eine CO<sub>2</sub>-freie Wirtschaft vorweisen können.

## Negative Ökonomie



Die klimapolitische Diskussion, die im September zu „großen Entscheidungen“ kommen will, hat die Frage der technologischen Alternative völlig ausgeblendet. Sie steht unter einer rein negativen Fragestellung, wie man am besten das Kohlendioxid aus Deutschland vertreibt. Ist eine CO<sub>2</sub>-Steuer das „kosteneffizienteste“ oder sind es CO<sub>2</sub>-Zertifika? Die vielbeschworenen „Lenkungseffekte“ kennen kein „wohin“, nur ein „weg von“. Es ist eine Lenkung ins „anywhere“ – ins überall und nirgends. Das kommt uns doch irgendwie bekannt vor.

Die Ökonomie der Klimarettung beruht auf einer verrückten, geradezu wahnwitzigen Rechnung. Man verteuert eine Grundlage, die bisher quer durch alle Branchen und Tätigkeiten die „vita activa“ des Landes getragen hat. Man verteuert sie, bis sie nicht mehr tragfähig ist. Und dann behauptet man, dass diese Zerstörung nur „kosteneffizient“ gestaltet werden müsse, damit sie dann auf irgendeine magische Weise in eine neue Produktivität umschlage und neuen Wohlstand bringe. Und man behauptet, diese Metaphysik sei ein ökonomisches Gesetz.

Realwirtschaftlich bedeutet die jetzt geplante CO<sub>2</sub>-Verteuerung eine Weltverteuerung im großen Maßstab. Wenn man Kohle, Erdöl und Erdgas ausschaltet, ohne eine gleichwertige Ersatzressource zu haben, ist es so, als ob man die Arbeit und das Leben auf der Erde mit einem Schlag auf einen schlechteren, unfruchtbareren Boden versetzen würde. Und das heißt auch: Eine Bevölkerung von gegenwärtig 7,6 Milliarden Menschen, die sich auf Basis der fossilen Energieträger hat bilden können, wird auf diesen künstlich verschlechtern Boden versetzt.

„Aber die Klimakatastrophe wird alles vernichten“, raunen die Klima-Fundamentalisten und rechnen uns die Schäden in Billionenhöhe vor. Sollen wir also glauben, die 7,6 Milliarden Menschen könnten sich von den „gesparten“ Kastastrophen-Billionen etwas zum Leben kaufen? In Wirklichkeit ist die grüne Fundamental-Ökonomie gar keine Ökonomie mehr. Bei ihrer Durchsetzung gibt es überhaupt gar keine Wirtschaft mit positiven Erträgen mehr. Die Hochpreis-Politik beim CO<sub>2</sub> nähert sich bedenklich diesem Abgrund.